

II-3081 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 16. Dezember 1977
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/70-1/77

1419 IAB

1977-12-19

zu 1402 J

B e a n t w o r t u n g
der Anfrage der Abgeordneten MELTER
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz be-
treffend zahnärztliche Versorgung in Vorarlberg
(Nr. 1402/J-NR/1977)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich
folgende Fragen gerichtet:

1. Vertreten Sie den Standpunkt, daß die Er-
richtung eines Zahnambulatoriums in Vorarl-
berg tatsächlich eine Verbesserung der
dortigen zahnärztlichen Versorgung verspricht -
und wenn ja, wie begründen Sie dies?
2. Wieviele Zahnärzte stehen derzeit in Vorarlberg
zur Verfügung?
3. Wie hoch wird die Zahl der noch in Ausbildung
befindlichen Zahnärzte geschätzt, mit denen Vor-
arlberg in den nächsten Jahren voraussichtlich
rechnen kann?
4. Vertreten Sie den Standpunkt, daß dieser Zahn-
ärzte-Nachwuchs der Tätigkeit in einem Ambula-
torium den Vorzug vor einer eigenen Praxis geben
wird?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

- 2 -

Zu 1.:

Eine befriedigende Versorgung eines Bundeslandes mit Zahnbehandlungen hängt grundsätzlich von der Relation der Zahnbehandler zur Einwohnerzahl einerseits sowie andererseits von einer ausgewogenen regionalen Verteilung der vorhandenen Zahnbehandler ab. Eine Verbesserung der stomatologischen Versorgung der Bevölkerung ist daher dann zu erwarten, wenn diese beiden Komponenten positiv beeinflusst werden. Ob dies der Fall ist, kann daher nur für ein konkretes Ambulatoriumsprojekt an einem bestimmten Standort nach eingehender Überprüfung aller maßgeblichen Faktoren festgestellt werden.

Zu 2.:

Derzeit sind in Vorarlberg 50 Zahnärzte und 38 Dentisten tätig, insgesamt also 88 Zahnbehandler.

Zu 3.:

Zur Sicherstellung der künftigen zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung der Ausbau der Universitätszahnkliniken intensiviert. Die Zahl der zahnmedizinischen Ausbildungsplätze bzw. die Zahl der bezahlten Ausbildungsstellen konnte wesentlich erhöht werden; an einem weiteren Ausbau wird gearbeitet. Ab 1978 wird die Ausbildungskapazität an allen drei Kliniken mehr als 240 betragen. Dadurch können ab 1978 jährlich über 120 Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ihre Ausbildung beenden.

Durch die bisher gesetzten Maßnahmen ist ein jährlicher Zuwachs von 4 % des Gesamtstandes an Zahnbehandletern zu erzielen. Da der jährliche Abgang etwa 2 % beträgt, kann in naher Zukunft nicht nur ein

- 3 -

gewisser Engpaß überwunden werden, sondern es zeichnet sich auch schon eine Basis für eine gleichmäßige Versorgungsmöglichkeit mit Zahnärzten für ganz Österreich ab.

Auch an der Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in Innsbruck, an der die in Facharztausbildung stehenden Ärzte aus Vorarlberg zumeist ausgebildet werden, konnte die Ausbildungskapazität wesentlich gesteigert werden. Die Anzahl der für die zahnärztliche Ausbildung relevanten Plätze wurde mit 1. Oktober 1977 von bisher 15 auf 25 erhöht. Mit 1. Oktober 1977 stehen 44 Ärzte an der Universität Innsbruck in Ausbildung zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde; für die nächsten Jahre sind bereits 138 Studenten und Ärzte zur Zahnausbildung angemeldet.

Zu 4.:

Zu dieser Frage muß grundsätzlich festgehalten werden, daß nach den Bestimmungen des Arztegesetzes die Tätigkeit in einer Krankenanstalt bzw. in einem Ambulatorium die gleichzeitige freiberufliche Ausübung nicht ausschließt.

Ob und in welchem Maße der Zahnärztenachwuchs in Vorarlberg der Tätigkeit in einem Ambulatorium neben oder ohne einer eigenen Praxis oder einer ausschließlich freiberuflichen Tätigkeit den Vorzug geben würde, kann nicht in einer Weise prognostiziert werden, die tatsächlich statistischen Aussagewert hätte.

Der mit der Vertretung des
Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz
betraute Bundesminister für soziale Verwaltung:

